

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur
F. H. K. K. K.
Druck u. Verlag: Auer-Druck-
u. Verlags-Gesellschaft m. b. H.
Auer, Telephon 1000
Eingel. Auergebirger
Fernsprech-Anschl. Nr. 22.

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgebildet monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und (sich abgebildet) monatlich 4.80 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus elektrisch 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Kassenleistungen und Ausgabestellen, sowie alle Poststellen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Beilage oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Nationalzeitung für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Anzeigen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis 12 Uhr vorm. für Zeitung im Geb. kann Gewinne nicht gelistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder handschriftlich nicht deutlich lesbar.

Nr. 164

Montag, den 19. Juli 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Vorsitzende des Völkerrates, Senatspräsident Bourgeois hat nunmehr die internationale Finanzkonferenz auf den 27. September nach Brüssel anberufen.

Nach belgischen Blättermeldungen macht der Abtransport der deutschen Kohle der Belgiern und Franzosen bereits Sorgen wegen des Wagenmangels der Eisenbahnen.

Daily Mail meldet, der Sultan und die Mehrheit der Minister hätten sich für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen, der Kronprinz jedoch dagegen.

Präsident DechaneI soll sich strikte weigern, von seinem Posten zurückzutreten. Die Wagnition für seinen Rücktritt zieht aber trotzdem in der französischen Presse immer weitere Kreise.

Wilna ist von den Bolschewisten besetzt worden. Litauen hat diplomatische Schritte zur Freigabe der Stadt unternommen.

Der Tragödie zweiter Teil.

Vom Oberbürgermeister Dr. Kisch, M. d. R.

Verailles und Spa! Es gibt in der Geschichte aller Zeiten und aller Völker keine größere Tragödie als die, die in diesen beiden Worten für das deutsche Volk umschlossen liegt. Versailles, einst die Geburtsstätte des neuen Deutschen Reiches — und dann das Grab seiner Macht und Größe; Spa der Sitz des kaiserlichen Hauptquartiers und der höchsten militärischen Machtentfaltung Deutschlands — und nun die Stätte des Triumphes sinnloser Vergeßlichkeit auch der letzten deutschen Lebensinteressen!

Nur völlige nationale Verkommenheit könnte anders als mit blutendem Herzen die in Spa sich vollzogene Fortsetzung der in Versailles begonnene Tragödie betrachten. Wohl läßt sich ein vollkommen absehbare Urteil über die Verhandlungen noch nicht gewinnen, das wird erst möglich sein, wenn die geradezu trostlose amtliche Berichterstattung über den Verlauf der Dinge durch den Rechenschaftsbericht ergänzt werden wird, den der Reichstag von der Regierung zu fordern hat, aber so viel läßt sich schon heute sagen: ein schamloses Herrbild von Verhandlungen zwischen Völkern, die angeblich im Friedenszustand miteinander leben, ist noch nie geboten worden, als das, was die Entente der Welt in Spa bot. Schon rein äußerlich betrachtet, waren die Vorgänge, die sich dort in Spa vollzogen, keine Verhandlungen, keine Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen gleichberechtigten Teilnehmern, sondern einfach die rohesten Akte der Vergeßlichkeit der Vertreter eines wehrlosen Volkes, verbunden mit wüßteloser und erniedrigender Behandlung. Nicht einmal die Reihenfolge der Beratungsgegenstände hatte man für nötig befunden, den deutschen Delegierten vorher mitzuteilen, und fast täglich verließ man gegen die einfachsten äußeren Formen der internationalen Höflichkeit. Empörender aber als diese äußerlichen Mängel des Verlaufes der Verhandlungen war deren Inhalt und Ziel. Furcht, Verblendung und Habgier reicheten sich die Hand, um sich gemeinschaftlich zu einer Sinnlosigkeit zu steigern, die selbst die im eigenen Interesse liegenden Vernunftgründe ausschaltete. Der klar erkennbare Sinn oder Widerstand der Verhandlungen war doch eben der: Deutschland zugrunde zu richten, aber gleichwohl Milliardenwerte von ihm zu erpressen! Ist's nicht der blutigste Lohn, wenn Millerand sagt: Die Wiederaufrichtung Deutschlands ist für Frankreich, für die Alliierten und für die ganze Welt notwendig, es wünscht keine Beziehungen zu Deutschland so friedlich und so nützlich wie nur möglich auszugestalten, wenn aber im selben Augenblicke die elementarsten Grundlagen zur Aufrechterhaltung staatlicher und wirtschaftlicher Ordnung vernichtet werden. Daß ein Soldatenheer von 100 000 Mann und eine mangelhaft ausgerüstete Sicherheitswehr kein geeignetes Instrument sind, um in einem von revolutionären Nachwehen durchzudurchten Deutschland geordnete Verhältnisse zu gewährleisten, ist eine so klar zutage liegende Tatsache, daß es allerdings den deutschen Vertretern schwer werden mußte, sie im Hinblick auf ihre Selbstverständlichkeit noch besonders zu begründen. Wie stellt sich in den Köpfen der Ententevertreter der Wiederaufbau eines Deutschland dar, in dem infolge mangelnder Kohlenproduktion das Verkehrsnetzwerk zerstört ist, lebensnotwendige Industriezweige und die gesamte Bauwirtschaft brach liegen, im Winter Millionen von Menschen freieren müssen, daß aber gleichwohl die Steigerung seiner Kohlenproduktion in erster Linie nicht seiner eigenen, sondern der französischen Wirtschaft dienlich machen soll!

Es kann keinem Zweifel unterliegen: Frankreich will eine Lage schaffen, die es Deutschland unmöglich macht, sich zu erholen und die Friedensbedingungen zu erfüllen; denn es will vor der Welt einen äußeren Schein von Recht erwerben, gegen ein vertragsbrüchiges Deutschland mit neuen Gewaltmaßnahmen, insbesondere

mit der Besetzung des Ruhrgebietes, vorzugehen. Frankreich befindet sich im Innern am Vorabend einer schweren Krise. Der Woche bezahlt alles, diese Verdrängung will in Frankreich keine rechte Zugkraft mehr ausüben, man braucht stärkere Konzeptionen an den gallischen Chauvinismus und Imperialismus, man braucht eine Aktion nach außen, um von den drohenden Schwierigkeiten im Innern los zu kommen. Das war ja noch immer die Taktik der französischen Machthaber aller Zeiten, ein unzufrieden gemordenes oder unzufrieden werdendes französisches Volk durch erfolgreiche äußere Unternehmungen abzulenken und zufriedenzustellen. Einen Napoleon I. ist dies zunächst gelungen, ein Napoleon III. ging beim ersten derartigen, gegen Deutschland unternommenen Versuch zugrunde. Will Frankreich angesichts seiner letzten Schwierigkeiten diese Bahn erneut beschreiten, so wird es mit Deutschlands Ruin seinen eigenen herbeiführen. England hat vom Standpunkte seiner Interessen aus keinen Anlaß, Frankreich bei seinem Vorgehen in den Arm zu fallen. Für sich selbst hat England mehr erreicht, als es je hoffen konnte. Die Handelsflotte, die Kriegsmarine, die Weltwirtschaft Deutschlands sind vernichtet, Rußland ist als Nebenbühler ausgeschaltet, Japan und Amerika halten sich gegenständig in Schach. Frankreich ist ihm gerade noch als Mittel und Schere auf dem Festlande willkommen zur Ueberwachung und dauernden Niederhaltung Deutschlands; sind beide vernichtet so ist es für die britischen Interessen um so besser. Deutschland hat also weder von Frankreich noch von England etwas zu hoffen. Deutschland steht ganz allein in der Welt, das ist das furchtbare Fazit der auswärtigen Politik des alten Systems und des verlorenen Krieges. Nun gilt es, von vorn anzufangen in mühsamer, von hundertfältigen Widerwärtigkeiten erschwelter Arbeit. Es gilt die primitivsten Lebensnotwendigkeiten zu sichern: Das tägliche Brot, die deutsche Wirtschaft und die nationale Selbsterhaltung im Innern und nach außen.

Die beiderseitigen Vertreter in Spa redeten mit verschiedenen Sprachen. Bei der Entente führte ein bis zum Wahnsinn gesteigerter Imperialismus das Wort, auf der deutschen Seite wurde die Sprache diktiert von der ehrlichen Absicht, übernommene Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen, aber die Daseinsmöglichkeit Deutschlands als Nation zu retten. Die deutschen Vertreter redeten für ihre Verhandlungsgegner mit fremden Zungen. Eine Rettung Deutschlands war in Spa nicht denkbar, sie ist nur zu erreichen, wenn es gelingt, über die Verleumdung der imperialistischen Machthaber in Spa hinweg von Volk zu Volk und zum Gewissen der ganzen Welt zu reden. Unsere Haltung muß sich aus der politischen Defensive heraus in die moralische Offensive begeben. Leise Anklänge nach dieser Richtung fanden sich in den Reden der deutschen Vertreter, aber die Sprache war doch sehr oft matt, zum Teil ungeschickt und unvorbereitet und sie steigerte sich bei keinem Vertreter zu jener Kraft und Größe, die selbst den Widerstrebenden in ihren Bann ziehen und die sich den Weg ebnen auch in das Lager der Gegner. Noch weniger kam man das von der amtlichen Publizistik sagen, die sich in keiner Weise ihrer ausschlaggebenden Aufgabe gewachsen zeigt. Noch ist es nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen; es werden noch viele Krisen zu überwinden sein. Mögen vor allem die bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages so geführt werden, daß die Völker der Welt erkennen: Bei den Deutschen steht im Vordergrund der eheliche Wille zu Ausgleich und Versöhnung, zu gemeinschaftlichem Wiederaufbau des im Kriege zerstörten Europa, aber auch der unbegleimte Entschluß, ihr Dasein als Volk zu behaupten. Verstehen dann auch die Völker Europas gleich ihren Machthabern eine solche Sprache nicht wollen auch sie den Untergang eines 80 Millionenvolkes, dann wird das Weltgericht auch an ihnen mit unerbittlicher Logik das Urteil vollstrecken, und das Wort eines Feltz Dahn wird Wahrheit werden: Es wird Europa fehn in Flammen, wenn die Germanen untergehn!

Die deutsche Regierung über Spa.

Der amtliche deutsche Bericht.

Nach dem amtlichen Bericht hat die Konferenz von Spa vier Gegenständen der Tagesordnung in der Reihenfolge erledigt die militärische Frage, die Frage der Kriegsvergehen und die Kohlenfrage. Die Frage der Wiedergutmachung konnte nicht mehr behandelt werden. Am raschesten ist das Problem der Bestrafung der Deutschen gelöst worden wegen Vergehens gegen die Kriegsvergehen. In den Fragen der Entlohnung Deutschlands und seiner Kohlenlieferungen an die Alliierten wurden die Verhandlungen mit einem Verhör der angeklagten deutschen Regierungen begonnen und mit einer einseitigen Entscheidung geschlossen. Die deutschen Begengründe konnten nicht mit der nötigen Ausführlichkeit zu Gehör gebracht werden. Wenn man die Absicht der Alliierten zugibt, Deutschland entgegenzukommen, so bleiben die von der deutschen Delegation unterschriebenen Protokolle doch eine außerordentlich schwere Belastung unserer in-nerpolitischen wirtschaftlichen Lebens dadurch, daß die Alliierten es für nötig befunden haben,

in beiden Fällen ihre Entscheidung uns aufzuzwingen. Immerhin verlängert die militärische Entscheidung die Frist für Entlohnung und die Herabsetzung der Deeresstärke um weitere 3 bis 6 Monate. Die Kohlenentscheidung wird nach den Beschlüssen des Wiedergutmachungsausschusses vorläufig auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt und gibt die Aussicht, den Ausfall in Ruhrkohle durch eine Mehrbelieferung mit oberschlesischer Kohle einigermaßen zu mildern. Für die auf dem Landwege gelieferte Kohle wird eine Prämie von 5 Goldmark pro Tonne und der Vorschub in Höhe des Restes der Differenz zwischen dem deutschen Inlandpreis und dem auf bestimmte Art festzustellenden Weltmarktpreis gewährt, der monatlich nach Maßgabe der Höhe der Kohlenlieferungen fällig wird. Die Prämien und der Vorschub sollen sofort zur Erhöhung der Lebenshaltung des deutschen Volkes, insbesondere der Bergarbeiter, verwendet werden. Die von den Alliierten mit großem Nachdruck verlangte Unterzeichnung der Klausel, daß im Falle nicht genügender Kohlenlieferung so fort das Ruhrgebiet besetzt werden könnte, hat die deutsche Delegation abgelehnt. Das Abkommen wurde nur unter Ausschluß dieser Klausel unterzeichnet. Als positives Resultat der Konferenz darf verzeichnet werden, daß im Laufe der Verhandlungen die Stellung der deutschen Delegierten sich der normalen Stellung immer mehr näherte wenn sie sie auch keineswegs erreicht haben.

Nach der Schlacht.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. SimonS begab sich, wie amtlich aus Berlin gemeldet wird, nach der Rückkehr von Spa zum Bahnhof aus dem Reichspräsidenten zum Vortrag. Später sprach der Vizepräsident des Reichsministeriums Justizminister Dr. Deizze beim Reichspräsidenten vor.

Millerand ist wieder in Paris eingetroffen. Er teilte mit, daß die Frage der Herstellung von Luftschiffahrtsmaterial, dessen Herstellung für Deutschland zeitweilig verboten sei, auf diplomatischem Wege geregelt werden solle.

Lloyd George ist vorgestern Abend in London eingetroffen. Auf einem Eisen englischer Journalisten in Spa sagte am Freitag Abend Lloyd George, die Konferenz bedeute einen guten Fortschritt auf dem Wege zur Wiederherstellung friedlicher Zustände. Lloyd George hob die Festigkeit und den Mut des Reichsministers Dr. SimonS hervor und sagte, die Entlohnungsfrage sei noch viel wichtiger als die Frage der Kohlenlieferung; sie sei entscheidend für das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und den Alliierten. Lloyd George fügte hinzu, die Frage der Wiedergutmachung sei gut gefördert worden.

Der Londoner Daily Chronicle nennt das Kohlenabkommen eine vernünftige Regelung. Es war voranzusehen, schreibt das Blatt, daß die Alliierten dazu gelangen würden, Deutschland Geld zu leihen. Bei der gegenwärtigen Regelung aber hängt jeder Fortschritt von der Ablieferung der Kohlen ab, und somit ist Deutschland ein Anreiz zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben. Der größte Teil des Geldes wird wahrscheinlich durch England aufgebracht werden müssen. Damit ist die böswillige Behauptung widerlegt, daß England die rechtmäßigen Forderungen seines französischen Bundesgenossen nicht unterstützen würde.

130 Milliarden Goldmark?

Der Temps meldet, daß in der Wiedergutmachungsfrage die in Spa beschlossene Stellungnahme der Alliierten dahin geht, daß die Deutschen 130 Milliarden Goldmark zusätzlich der Zinsen seit 1. August dieses Jahres zahlen sollen. Durch die Verzögerung in der Kohlenfrage sei dieser Punkt in Spa ausgeschlossen worden. Es sei sonst anzunehmen gewesen, daß auch in der Wiedergutmachung die Deutschen sich wieder nur einem Ultimatum und der Drohung mit militärischem Einmarsch gebeugt hätten.

Reinw holländische Maßnahmen.

Der Reichswirtschaftsrat und Spa. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am Donnerstag, den 22. Juli 1920, vormittag 10 Uhr im Plenarsitzungssaal des vormaligen preussischen Herrenhauses zu einer Sitzung zusammen mit folgender Tagesordnung: Bericht der Reichsregierung über die Verhandlungen in Spa.

Reichstag und Hauptauschuh. Der Reichstag, der nach den bisherigen Absichten erst am 28. Juli wieder zusammengetreten sollte, wird nach dem Abschluß der Konferenz von Spa und nach dem Ergebnis, das sie gezeitigt, wahrscheinlich schon etwa 5 fr üher wieder einberufen werden. Dementsprechend wird auch der Hauptauschuh, der zwei Tage vor dem Plenum seine Verhandlungen aufnehmen sollte, sich möglicherweise schon in dieser Woche versammeln.

Der Entwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch ist jetzt fertiggestellt. Es handelt sich bei diesem Entwurf um eine Ueberarbeitung des aus den Beschlüssen der Strafrechtskommission hervorgegangenen Entwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Beide Entwürfe, die einen nichtamtlichen Charakter haben, sollen demnächst mit einer Denkschrift, die zum Verständnis der zahlreichen Neuerungen notwendig ist, veröffentlicht werden. Die Denkschrift wird in Bälde zum Abschluß gelangen und dann im Buchhandel erscheinen.

Der Gändeboss. Infolge des Zwischenfalles an der französischen Botschaft in Berlin ist Major Haupt mit zwei anderen Sicherheitsbeamten fristlos entlassen worden. Dazu schreibt der Berl. Bot.-Anz.: In den Kreisen der Sicherheitsbeamten hat diese Maßregelung um so mehr große Entrüstung hervorgerufen, als man der auch von vielen Augenzeugen bestätigten Ansicht ist, daß sowohl Major Haupt als auch sämtliche Beamte der Abteilung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Man will deshalb die Maßregelung nicht ruhig hinnehmen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Feststellungen über Wilsons Friedenssaktion. Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses veröffentlicht seinen umfangreichen, abschließenden Bericht über die Friedenssaktion Wilsons im Jahre 1916/17. Das Schlussergebnis des Berichts lautet: 1. In der durch die Friedenssaktion Wilsons im Winter 1916/17 geschaffenen Gesamtlage waren Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß es möglich sei, zu Friedensbesprechungen zu gelangen. Die Reichsregierung hat diese Möglichkeit nicht ausgenutzt. 2. Die Gründe dafür, daß die erwähnten Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden sind, liegen in dem Beschluß über die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vom 9. Januar 1917. — Der Bericht hat die Zustimmung sämtlicher sieben Mitglieder des Ausschusses, mit Ausnahme des deutschnationalen Abgeordneten Schulz (Bromberg) gefunden.

Die Politik der bayerischen Königspartei. Die bayerische Königspartei veröffentlicht einen neuen Aufruf, in dem sie zur Sammlung aller derer aufruft, die dem bayerischen Volks- und Königstum eine feste Grundlage für sein Wiederaufstehen schaffen wollen. Bayern könne nicht bis zur Wiederherstellung des deutschen Kaiseriums warten.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. In einer auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums einberufenen Versammlung sprach Regierungsrat Albrecht über den Stand der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Es sei erforderlich, die Arbeiter auf solche Gebiete zu lenken, in denen die Materialkosten hinter den Löhnen zurückblieben und eine möglichst große Anzahl von Arbeitern zu geeigneter Tätigkeit auf den Weg zu bringen. An der Aussprache beteiligten sich auch Staatssekretär Hirsch und Rudolf Wiffell.

Ausschließung von Karl Rautsky aus der U. S. P. Nach dem Vorwärts wurde am 11. Juli auf der Bezirkskonferenz der Unabhängigen in Hessen-Waldeck die Resolution einstimmig angenommen, Rautsky aus der U. S. P. auszuschließen. Vor kurzem hatte G. Stojew, einer der Führer der III. Internationale, ein Wort Rautskys zitiert, das dieser Hugsman gegenüber gesagt hat. Hiernach sagte Rautsky: Wenn meine Partei mich zwingen wird, zwischen der Partei der Unabhängigen und der Zweiten Internationale zu wählen, so werde ich die Zweite Internationale wählen.

Der italienisch-serbische Konflikt. Reuter erfährt: Die italienische Regierung hat von der südslawischen Regierung Genehmigung wegen des jüngst erfolgten Angriffs auf ein italienisches Kriegsschiff in Spalato gefordert. Die südslawische Regierung hat ihrerseits Genehmigung wegen der Niederbrennung des südslawischen Klubs in Triest verlangt.

Neue Fortschritte der Bolschewisten. Der polnische Heeresbericht meldet: Im nördlichen Abschnitt haben die Bolschewisten Smorgon und Oschmjan besetzt. Der Kampf dauert an. Die heftigen Angriffe auf Luch werden fortgesetzt. In der Gegend von Dubno greift der Feind unaufhörlich an.

Die russisch-litauische Grenze. Der Friedensvertrag zwischen Litauen und Rußland sieht ungefähr folgende Grenzlinie fest: Von der Düna über den Driowlaty- und Narocz-See nach Melodischino, die Beresina entlang nach Westen zur Memel, die Memel entlang über Grodno in die Gegend von Augustowo, nördlich von Augustowo bis zur deutschen Grenze. Litauen wird auch Grodno und Lyda erhalten.

Vorläufige Einkommensteuer für 1920.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird geschrieben: Ende Juli und im Laufe des Monats August werden in Sachsen den Einkommensteuerpflichtigen Anforderungsschreiben oder vorläufige Steuerbescheide über die für das Rechnungsjahr 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer zugestellt werden. Einen vorläufigen Steuerbescheid nach Paragraph 53 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 20. März 1920 erhalten nur die höher verschuldeten. Bei der Berechnung der von dieser Gruppe vorläufig zu entrichtenden Steuer wird von dem bei der Veranlagung zur sächsischen Staatseinkommensteuer für das Jahr 1920 festgestellten Einkommen ausgegangen. Von diesem Einkommen wird der nach Paragraph 20 des Einkommensteuergesetzes ermittelte steuerfreie Teil abgesetzt. Von dem verbleibenden (steuerpflichtigen) Einkommen wird dann an der Hand des Reichseinkommensteuertarifs (Paragraph 21 des Einkommensteuergesetzes) der Jahresbetrag der vorläufig zu entrichtenden Steuer berechnet. Die erste vierteljährliche Rate ist bereits am 15. Mai fällig gewesen; die zweite Rate ist bis zum 15. August zu entrichten. Die Steuerpflichtigen, die den vorläufigen Steuerbescheid erst im August erhalten, haben also zwei Raten auf einmal zu bezahlen. Sie werden gut tun, schon jetzt damit zu rechnen.

Die übrigen Steuerpflichtigen, und das ist die große Mehrzahl, haben nach der Verordnung vom 20. April 1920 (R. G. Bl. 565) auf Grund eines Anforderungsschreibens die bisherige Steuern, d. h. vier Fünftel der auf das verlängerte Rechnungsjahr 1919 (1. Januar 1919 bis 31. März 1920), entrichteten Staats-, Gemeinde- und Schuleinkommensteuer vorläufig zu bezahlen. Für sie ist die erste Vierteljahrssrate am 15. Juli, die zweite am 15. September fällig, die dritte ist bis zum 15. November 1920 und die letzte bis zum 15. Februar 1921 zu entrichten.

Bei Gehalts- und Lohnempfängern wird nach Paragraph 45 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom Arbeitgeber bei der Gehalts- oder Lohnzahlung ein bestimmter Prozentsatz vom Gehalt oder Lohn für die Einkommensteuer einbehalten. Diese Beitragspflichtigen erhalten daher, soweit sie nicht neben dem Arbeitseinkommen ein erhebliches Einkommen anderer Art (Einkommen aus Grundbesitz, aus Gewerbebetrieb oder aus Kapitalvermögen) haben, zunächst kein Anforderungsschreiben. Ihnen geht erst nach der endgültigen, nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 vorzunehmenden Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 ein Steuerbescheid zu. Bei dieser Gruppe der Steuerpflichtigen werden die erst seit dem 23. Juni vom Gehalt oder Lohn einbehaltenen Beträge in der Regel bei der endgültigen Veranlagung festgesetzten Steuerbetrag nicht decken, so daß nach Empfang des Steuerbescheides nicht unerhebliche Beträge nachzu zahlen sein werden. Für solche Steuerpflichtigen ist es ratsam, wenn sie jetzt bereits Rücklagen für die nachzuzahlenden Beträge sammeln. Sie könnten sonst, da die Kürzungen vom Gehalt oder Lohn für das Rechnungsjahr 1921 weiter erfolgen, im Jahre 1921 mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Nachzahlungen auf Grund der endgültigen Veranlagung werden ferner von den Steuerpflichtigen der in den Absätzen 2 und 3 erwähnten Gruppen dann zu leisten sein, wenn sich das Einkommen des Kalenderjahres 1920 oder des entsprechenden Geschäftsjahres (vergl. Paragraph 52 Abs. 1 S. 1 Eink.-St.-Ges.) gegenüber dem bei der letzten landesrechtlichen Veranlagung festgestellten Einkommen erhöht hat. Wer sich vor den Schwierigkeiten der späteren Entrichtung aufgelaufener Beträge bewahren will, leistet schon jetzt Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer. Die Stadt- und Ortssteuerverwaltungen nehmen solche Zahlungen, auch wenn ein Anforderungsschreiben oder ein vorläufiger Steuerbescheid noch nicht ergangen sind, entgegen.

Von Stadt und Land.

Aue, 19. Juli 1920.

Sächsischer Sozialisierungspläne. Das sächsische Finanzministerium hat einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung von Rohwerken ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf, der allerdings vorläufig nur die Bedeutung eines Referentenentwurfs hat, soll der Staat besetzt sein, zum Wohle der Allgemeinheit das Eigentum an Stein- und Braunkohlewerken gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen. Die Uebernahme könnte erfolgen, wenn der Betrieb vorübergehend oder dauernd eingestellt ist. Alle aus dem Privatverhältnis eines Werkes fließenden Rechte und Verträge sollen mit der staatlichen Uebernahme endigen. Die Arbeiter und Angestellten sollen zu den bestehenden Tarifverträgen übernommen werden. Die Entschädigung für die Uebernahme würde in dem Ertrag der von dem Entschädigungsberechtigten nachgewiesenen Gesteinskosten, unter Berücksichtigung angemessener Abschreibungen und unter Abzug der Verbindlichkeiten bestehen. Statt des Ertrages der Gesteinskosten kann der Eigentümer den Ertrag des von ihm nachgewiesenen Ertragswertes fordern. Der Staat kann die Entschädigung bis zur Hälfte in verzinslichen Staatsschuldverschreibungen zum Tageskurswert leisten, den Rest mit 4 v. H. verzinsen. Ob die Uebernahme eines Bergwerkes durch den Staat geboten ist, soll das Gesamtministerium unanfechtbar feststellen. — Die sächsischen Demokraten wollen, daß überall in Sachsen Musterwirtschaften angelegt werden. Damit sollen landwirtschaftliche Schulen und Versuchswirtschaften verbunden sein.

Neue Amtshauptleute in Sachsen. Die sächsische Regierung beabsichtigt, zum Amtshauptmann für Chemnitz den früheren Minister des Innern Uhlig zu berufen. Zum Amtshauptmann für Löbau ist der demokratische Oberregierungsrat Dr. Kunz und zum Amtshauptmann von Auerbach der Oberregierungsrat Dr. Schelcher berufen worden.

Zur Finanzlage der Kirchgemeinden. Ein Vorschlag der Volksammer verabschiedetes Gesetz gibt den Kirchgemeinden die Möglichkeit, vorläufige Kirchensteuern in der Höhe der bis zum 1. April 1920 gültigen Sätze zu erheben. Damit werden die Kirchgemeinden aus einer bereits vielfach empfindlich zur Erscheinung kommenden Kollage wenigstens einigermaßen befreit. Wie die landeskirchliche Aufsichtsstelle mitteilt, empfiehlt es sich, daß die Kirchgemeinden nunmehr ihrerseits möglichst umgehend an die Finanzämter bezw. die politischen Gemeinden den Antrag auf Einziehung der vorläufigen Kirchensteuern gleichzeitig mit der vorläufigen Erhebung der bürgerlichen Einkommensteuer stellen.

Der in Aue wohnende Bürgerbund hielt gestern im Gasthaus zum Anker eine dreistündige Besprechung mit den Vertretern des Lebensmittelpreisausschusses ab. Die Verhandlungen ergaben ein klares Bild über die Einkaufsverhältnisse und die Verdienstspanne des Kleinhandels. Der Kleinhandel erklärte sich zu jeder möglichen Herabsetzung der Verkaufspreise bereit, sogar unter Verzicht auf jeglichen Gewinn, forderte jedoch, daß der Kommunalverband sich ebenfalls zu den notwendigen Opfern entschließen müsse. Der Bürgerbund stellte sich hinter diese Forderung, zu deren Verwirklichung der Bezirksbürgererrat sofort Schritte tun wird; er erblickt überhaupt in der beschleunigten Abklärung der Zwangswirtschaft eines der wirksamsten Mittel zur Entspannung. Im Laufe der Woche soll eine Versammlung abgehalten werden, in der die Geschäftsleiter des Kleinhandels (sozusagen öffentlich) aufgefordert werden sollen. Es wird ferner eine aus allen Schichten zusammengesetzte Preisprüfungs-Kommission gebildet werden. Gleichartige Maßnahmen sind überall im Bezirk der Amtshauptmannschaft eingeleitet.

Wie erfüllt der sächsische Landwirt seine Ablieferungs-pflicht? Unter dieser Spitzmarke schreibt der Verband der Landwirte im Erzgebirge: Nach der offiziellen Statistik des Reichswirtschaftsministeriums sind vom Sektor Kartoffelbaufläche abgeliefert worden: In ganz Deutschland 42 Zentner, in Sachsen 134 Zentner. Das Aufbringungsoll an Vieh ist erfüllt worden in Bayern mit 14,9,

in Württemberg gar nur mit 10, in Sachsen mit 104,5 Proz. Der Herr Wirtschaftsminister hatte also vollkommen recht, wenn er den sächsischen Landwirten in der Volkstammer beauftragte, daß sie ihre Ablieferungs-pflichten vollkommen erfüllen hätten.

Die Arbeitszeit in den Schmelzen unseres Bezirkes. Der Demobilisations-Kommissar für die Kreishauptmannschaft Zwitzau erläßt in der sächsischen Staatszeitung folgende vom 15. d. S. datierte Bekanntmachung: Im öffentlichen Interesse und zur Sicherstellung der Volksernährung werden vorwiegend mit der Instandhaltung der landwirtschaftlichen Geräte und Wagen sowie mit Aufbeschlag sich befassenden Schmelzen des Regierungsbezirkes Zwitzau nach Ziffer II der Verordnung vom 17. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1498) ausnahmsweise gestattet, ihre Geschäfte und Verrichtungen an einzelnen Werktagen bis zu 9 Stunden zu beschleunigen. Diese Genehmigung gilt bis Mitte November dieses Jahres. Von ihr ist nur in dringenden Fällen Gebrauch zu machen, wenn es sich um unaufschiebbare, innerhalb der gewöhnlichen achtstündigen Arbeitszeit nicht ausführbare Arbeiten handelt.

Versammlung des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände. Für letzten Sonnabend hatte der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände zu einer öffentlichen Versammlung nach dem Engelsalle eingeladen. Als Redner sprach Bauvorsteher Milow über das Thema: Was geht vor? Euer Tarifvertrag ist in Gefahr. In fast zweistündigen Ausführungen wandte sich der Redner gegen die immer schärfer zu Tage tretenden Bemühungen der Arbeitgeber, die Tarifverträge und sozialen Einrichtungen nach und nach abzubauen. Unter anderem machte er Front gegen den Mahnruf der Vereinigung deutscher Arbeitgeber, keine neuen Gehaltserhöhungen mehr zu bewilligen und mit dem Abbau der Gehälter zu beginnen. Viele unserer Berufsgenossen, so führte er aus, müssen heute noch unter durchaus ungünstigen Bedingungen arbeiten und da will man von Abbau sprechen. Was soll abgebaut werden, wenn im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg ein 20-jähriger Gehilfe im Kleinhandel im Monat das Gehalt von M. 215 erhält? Es sei nötig, diese Gehälter zu erhöhen, wolle man nicht die Leute mit Gewalt auf die schiefe Bahn drängen. Abgebaut soll dort werden, wo man am ersten aufgebaut hat. Im Anschluß an die mit großem Beifall aufgenommenen Worte des Redners sprach dann Geschäftsführer Biera vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband. Dieser unterstrich nachdrücklich die Ausführungen des Redners. Im Bereiche der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg müßten von 4 Tarifverträgen, die mit der V. V. abgeschlossen wurden, 3 vom Schlichtungsausschuß verhandelt werden. Diese Zahlen sprächen eine nur zu deutliche Sprache. Er wurde dann nachstehende Entschließung einstimmig angenommen.

Die auf Einladung des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände am Sonnabend, den 17. Juli im Saale des Blauen Engels versammelten zahlreichen Angestellten von Aue und Umgebung nahmen mit Unterstützung von dem Vorgehen der Vereinigung deutscher Arbeitgeber, die ihren Mitgliedern empfiehlt, in keine neuen Lohnforderungen einzuwilligen, Kenntnis. Insofern verurteilen sie aus schärfster das Vorgehen der Arbeitgeber des Kleinhandels der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, die den Schlichtungspruch des Schlichtungsausschusses, der den 20-jährigen Kollegen auf ein Gehalt von M. 215.— einen Aufschlag von 15 Prozent zubillig als zu hoch ablehnen. Auch die Absicht verschiedener Weisfelder Firmen, auf Umwegen den Metalltarif abzubauen, werden sie zu durchkreuzen wissen. Ebenso werden sie sich dem Abbau der Gehälter in der Wäscheindustrie aller Entschiedenheit widersetzen. Die kaufmännischen Angestellten bleiben in ihrer Entlohnung noch zum großen Teil hinter anderen Arbeitnehmergruppen zurück. Die Arbeitgeber haben allgemein in den letzten Monaten durch den Tiefstand der deutschen Valuta ganz erhebliche Gewinne erzielt. Deutschlands schwerste Stunden waren für viele der Quell unerhörter Kapitalanhäufungen. Die Angestellten haben in diesen Zeiten genau so schwer um ihr Daseinsbedingungen ringen müssen als heute. Ein Fortschritt tritt bei den Dingen des täglichen Bedarfs noch nicht in die Erscheinung. Die Angestellten erwarten auf der Bestimmteste, daß die Arbeitgeber auch in den Zeiten ungenügender Geschäftslage die Belange ihrer Mitarbeiter berücksichtigen, wenn es sein muß auch einmal zu Lasten des Gewinnkontos. Die Angestellten sind entschlossen, ihre Rechte mit zäher Beharrlichkeit und mit der Anwendung aller zu Gebote stehender Mittel zu erlangen und zu verteidigen. In letzter Stunde appellieren die Angestellten noch einmal an die soziale Einsicht der Arbeitgeber, die man bisher in der Hauptsache nur durch Worte kennt, die aber noch nicht durch Taten zum Ausdruck kam.

Regelung des Schlichtungswesens in Sachsen. Auf Grund des Reichsgesetzes über die Schlichtungsausschüsse wird ein Apparat von drei Instanzen in Sachsen gebildet werden, dessen Konstruktion ähnlich der der Gerichte sein wird. Der Unterbau sind die Bezirks-schlichtungsausschüsse, von denen je einer auf eine Kreis-hauptmannschaft entfällt. Ueber diesen Schlichtungsausschüssen steht als Berufungsin-stanz der Landes-schlichtungsausschuß. Die einzelnen Schlichtungsausschüsse werden paritätisch aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzt sein. Den Vorsitz im Schlichtungsausschuß dürfte Arbeitsminister Heide übernehmen.

Das Ende der Streiks in Sachsen. Ueber die Streiklage in der sächsischen Industrie verläutet an zuständiger Stelle, daß sich die Verhältnisse im Chemnitzer Bezirk sehr erheblich gebessert haben, so daß in einigen Tagen mit einer völligen Ruhe gerechnet werden kann. Im Zugauer Oelsnitzer Steinkohlenrevier wird überall gefeiert. In Zwitzau ist der große Streik der Bergarbeiter beendet. In Borna wird noch gefeiert, dagegen wird in der Um-gend überall gearbeitet.

Lebensmittel für Aue am Dienstag, den 20. Juli: Auf die rote Warenkarte, Abschnitt X, zwei Pfund Frühkartoffeln, das Pfund zu 50 Pfg. Der Verkauf erfolgt in fast allen in Frage kommenden Geschäften. Wer am

Sonnat
hat, er
A
Der s
beirat
zur Be
Anficht
schärfun
Da
hört, w
hold un
dem Be
lung de
handlung
Verm
werber
Umlauf
schon er
Einricht
Märzen
Reich
Porze
Gelbes
Porzellan
richtung
M.
Leberraf
des hiesi
flüssen
Towart
Es sei gl
eine gro
Auer Me
bei Begr
Umstand
schuldis
erfolgre
dazu ist
von einer
sch auch
Auswahl
Rückficht
weilflüss
Gründe h
baran se
dorf nicht
jeder mit
Farben ei
auch nicht
besonder
Selbst
und zwar
war für
von Balle
Der war
bessere W
die Techn
fast dauer
der Auer
bedrht, de
in die Sa
in Elbe
gegen die
Sonntag
bach hing
Che
Gesamt
stelle ein
Seite stel
werkschaf
Verb r
beitst
Frei
schaft sa
vormittag
mittel
Forderung
die Demo
Dres
bestaf
kam die
Sachsen
liche We
Der Reg
sel, weil
abfälli
e hem
nister vor
konne
Seid
Hier mach
in Er
wanderun
eine Anza
weitere
rund 400
haben sich
heidenau
Gitta
die Re
Sigung d
Bürgerme
Lartoff
Sand von
Reichsart
Bei einer
der inlä
Zentnern
nur 10 P
Wolg
wurde der
aus Tunes
beter; RA
betäubt.

Sonnabend den Abschnitt V noch nicht beliefert bekommen hat, erhält ihn nachbellefert.

Keine Geldmittel zur Verbilligung des Lebensmittels. Der sächsische parlamentarische Ernährungsbeirat hat es abgelehnt, von der Volkstammer Geldmittel zur Verbilligung der Lebensmittel zu fordern.

Das Meißner Porzellan. Wie das Leipzig. Tageblatt, waren Ministerpräsident Budz, Finanzminister Dr. Kleinhold und Justizminister Dr. Garmisch in Meissen, um mit dem Leiter der Porzellanmanufaktur die Frage der Herstellung von Porzellan für Sachsen zu erörtern.

Sport und Spiel.

M. Alemannia I - F.C. Wühni 1:4 (0:1). Eine große Ueberbahrung bereitete am gestrigen Sonntag die erste Mannschaft des hiesigen Sportvereins Alemannia, indem sie sich von dem zweiklassigen Wühni F.C. schlagen ließ.

Ghemitz, 18. Juli. Preisberatungsstelle. Der Gesamtrat hat in seiner letzten Sitzung eine Preisberatungsstelle einzurichten beschlossen, die der Preisprüfungsstelle zur Seite stehen soll.

Freiberg, 18. Juli. Demonstration. Die Arbeiterschaft fast aller hiesigen Betriebe veranstaltete am Freitag vormittag einen Demonstrationsumzug gegen die Lebensmittelteuerung.

Dresden, 18. Juli. Mahregelung eines Landesstallmeisters. Im sächsischen Haushaltsausschuß kam die auffallend plötzliche Entlassung des Landesstallmeisters Grafen zu Münster zur Sprache.

Selbena, 18. Juli. Auswanderungsbewegung. Hier macht sich eine ziemlich starke, durch die immer mehr in Erscheinung tretende Arbeitslosigkeit genährte Auswanderungsbewegung bemerkbar.

Jittau, 18. Juli. Schwere Anklagen gegen die Reichsverorgungsstellen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten der Stadt Jittau richtete der Bürgermeister schwere Anklagen gegen die Reichs-kartoffelstelle wegen ihrer Preisberechnungen.

Wolgast, D.-B., 18. Juli. Vom Blitze getötet wurde der 20 Jahre alte herzogliche Ruscher Gustav Räder aus Cunewalde.

Vermischtes.

Freitod des Prinzen Joachim von Preußen. In einem Unfall von schwerer psychischer Störung, hervorgerufen durch den Druck allgemeiner und persönlicher Schwierigkeiten, hat Prinz Joachim von Preußen, der jüngste Sohn des vormaligen Kaiserpaars, am Sonnabend früh in Villa Biegeln die Waffe gegen sich gerichtet.

Hindenburgs Dank. Generalfeldmarschall v. Hindenburg veröffentlicht, wie aus Hannover gebrähtet wird, eine Dankagung für die ihm gelegentlich seiner Belästigung durch einen minderwertigen zugegangenen zahllosen Beweise freundlicher Anteilnahme.

Preisrückgang auf dem Lebensmittelmarkt in Thüringen. Mit Genehmigung der Landesfleischstelle Thüringens wurden für zahlreiche Kreise Thüringens die Kleinhandelspreise für Fleisch und Wurst um etwa zwanzig Prozent herabgesetzt.

Für 3 1/2 Millionen Gold beschlagnahmt. Nach einer Mitteilung des Obergaukommissariats in Danzig wurde am 6. d. M. auf der Straße Hohenstein-Dirschau kurz vor dem Ueberschreiten des Freistaatsgebietes ein Kraftwagen von einem Grenzaufsichtsbeamten angehalten.

Die ungarischen Obsttransporte für Deutschland. Die Neue Freie Presse tadelt die Anhaltung von Obsttransporten für Deutschland durch den Wiener Kreisarbeiterrat und erinnert an das im Januar von Deutschland gebrachte Notofes für die österreichische Bevölkerung.

Keine deutschen Bibeln ins Elß. Die Bibelgesellschaft Kolmar erklärt kürzlich auf ein Gesuch um die Erlaubnis, deutsche Traubibeln einzuführen, eine behördliche Abfuhr mit der Begründung: Der Bedürfnis nach Erbauung habe, möge französische Bibeln kaufen, und wenn es Leute gebe, die diese nicht lesen können, möchten sie es schleunigst lernen.

Kohlenfunde bei Gleiwitz. Unweit des städtischen Krankenhauses bei Gleiwitz sind Bohrungen nach Kohle unternommen worden. Man stieß dort auf reichhaltige Kohlenflöze, deren Mächtigkeit abbaubarig erscheint.

Brasilianische Liebesgaben? Die brasilianische Regierung hatte beabsichtigt, ein großes Liebeswerk für Deutschland und Desterreich zu unternehmen. Als davon verlautete, haben sich dann aber schließlich so viele Länder um die gleiche Gunst beworben, daß die Regierung von einer offiziiellen Aktion absehen mußte.

Neuartiges Leder. In Amerika wird seit einiger Zeit Leder aus den Häuten der Wal- und Haifische, sowie anderer Seeungeheuer fabriziert, das so hart sein kann wie das feinste Stiegenleder, aber so fest, daß die zu den schwersten Strapazen nötigen Stiefel daraus angefertigt werden können.

100 000 Milchkühe für Deutschland.

Das neue amerikanische Hilfswerk. Wie wir schon berichteten, ist in Amerika ein neues großes Hilfswerk zur Vinderung der deutschen Not durchgeführt worden. Die amerikanische gemeinnützige Gesellschaft American Dairy Cattle Company in Chicago hat in Amerika, vorwiegend durch deutsch-amerikanische Farmer, 100 000 Milchkühe aufgebracht und dem Zentralausschuß für Auslandshilfe des Roten Kreuzes in Berlin zur Verfügung gestellt.

durch den Sobe the Children Fund tatkräftig angefordert hat, ist anzunehmen, daß der notwendige Schiffsraum rasch zur Verfügung gestellt und das großartige Liebeswerk in den nächsten Monaten durchgeführt wird.

Letzte Drahtnachrichten.

Verlin, 19. Juli. (Amtlich.) Das Kabinett trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der die aus Spa zurückgekehrten Minister teilnahmen. Für die nächsten Tage wurde folgendes Programm vereinbart: Montag und Dienstag wird das Kabinett die Berichte über die Beschlüsse von Spa entgegennehmen.

Freiburg in Breisgau, 19. Juli. Die Stadt Freiburg beging den Hauptfesttag ihres 800jährigen Bestehens durch einen Festakt in der Stadthalle, dem auch Reichskanzler Fehrenbach und Reichsfinanzminister Wirth, die beide Freiburger Bürger sind, beiwohnten.

Bern, 19. Juli. Die Neue Zürcher Zeitung, die im Interesse der Anbahnung freundlicher Beziehungen zwischen den Mittlern und Deutschland schreibt, hofft, daß die Einmarschlaute nie aktuell werde. Sie sagt nach einer Schilderung der allgemeinen Wirtschaftslage Europas zu dem Rohle nachkommen: Niemand wird leugnen, daß die deutschen Unterhändler in Spa einen bemerkenswerten Erfolg erzielt haben.

Paris, 19. Juli. Der Zug mit der Leiche der Kaiserin Eugenie ist gestern auf Bahnhof Austerlitz eingetroffen.

Paris, 19. Juli. Marcel Hutin gibt im Echo de Paris einen Bericht über einen Besuch beim Präsidenten Deschanel in Rambouillet und schreibt, die Besserung im Befinden Deschanel habe erstaunliche Fortschritte gemacht, so daß er glaube, am 4. September wieder in Paris sein zu können.

London, 19. Juli. Gestern abend drangen ein Duzend Männer in den Grassharts-Park Golf ein, erschossen den Polizeikommissar Oberst Smyth und verwundeten einen Polizeinspektor leicht.

Bagdad, 19. Juli. Die Kämpfe in Mesopotamien dauern fort. Die Verbindung zwischen Basra und Amara ist mit Hilfe von Panzerzügen wiederhergestellt worden, die mit den Schiffen und Truppen zusammen operierten.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai. Mittwoch, den 21. Juli: Abend 8 Uhr im großen Pfarrhaus große Bibelstunde über Daniel 1, Pastor Oertel. Donnerstag, den 22. Juli: Abends 8 Uhr Männerabend und Christlicher Verein junger Männer.

Advertisement for 'Die Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H.' featuring 'Druckarbeiten' for authorities, craftsmen, and families. The ad is enclosed in a decorative frame.

